



In Freiburg gibt es bereits eine Landeserstaufnahmeeinrichtung.

FOTO: INGO SCHNEIDER

Erstaufnahme für Flüchtlinge in Lahr?

Das Land Baden-Württemberg sucht derzeit neue Standorte für Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber. In Lahr kommt ein Grundstück neben der Bereitschaftspolizei in Frage. Bislang läuft aber nur eine Vorprüfung.

■ Von Mark Alexander und Alena Ehrlich

Was wird in Lahr geprüft?

Zentrale Anlaufstellen für Asylsuchende und Flüchtlinge in Baden-Württemberg sind die zehn Landeserstaufnahmeeinrichtungen (LEA). Die nächstgelegene befindet sich in Freiburg. Aktuell ist das Land auf der Suche nach weiteren Unterkünften und nimmt dafür diverse Standorte in den Blick. Darunter ist auch Lahr. Laut Gunter Carra, Sprecher des Ministeriums der Justiz und für Migration Baden-Württemberg, hat eine Vorprüfung für eine Erstaufnahmeeinrichtung (EA) begonnen.

Um welches Grundstück geht es?

Das Ministerium hat in Lahr ein landeseigenes Grundstück in der Vogesenstraße im Blick, nördlich der Hochschule für Polizei. Zur Landesgartenschau in Lahr wurde dieses Areal als temporärer Parkplatz genutzt. Zuletzt war es nach Informationen der Badischen Zeitung als einer von mehreren möglichen Standorten für einen Surfpark im Gespräch. Offenbar priorisiert die Stadt für den Surfpark mittlerweile aber andere Standorte.

Wo wird noch geprüft?

Die Prüfung beschränkt sich längst nicht auf den Standort Lahr. Laut Ministerium sind neben Lahr aktuell 20 weitere Standorte in der Prüfung. „Das Land ist verpflichtet, alle in Betracht kommenden Optionen sorgfältig und umfassend zu prüfen“, so Carra. An vier Standorten ist man schon weiter, dort läuft bereits die Umsetzung.

Wie sieht der Zeitplan aus?

„Eine belastbare Prognose zum Zeitplan ist derzeit nicht möglich“, teilt Pressesprecher Carra auf BZ-Anfrage mit. Die Vorprüfung werde noch einige Monate in Anspruch nehmen. Externe Gutachten könnten erforderlich sein. „Für Lahr gilt, dass die Prüfung in einem sehr frühen Stadium ist“, betont der Sprecher. In diesem Stadium prüfe das Ministerium die grundsätzliche Eignung des Grundstücks und stelle erste Überlegungen zu möglichen Kapazitäten an. „Konkrete Erkenntnisse dazu liegen aktuell noch nicht vor.“ Die Entscheidung liegt letztlich beim Land. An allen Standorten strebe man Lösungen im Einvernehmen mit der jeweiligen Kommune an.

Wie äußert sich die Stadt?

Zunächst gelte es, das Ergebnis der Vorprüfung abzuwarten, heißt es aus dem Lahrer Rathaus. Nach BZ-Informationen hat es ein Gespräch zwischen Oberbürgermeister Markus Ibert und Landesjustizministerin Marion Gentges zu dem Thema gegeben. Zu Beginn dieser Woche wurden dann die Fraktionen im Lahrer Gemeinderat über die Vorprüfung informiert.

Wie ist die Situation im Land?

Mit rund 48.000 Geflüchteten sind im vergangenen Jahr zwar deutlich weniger Menschen als 2023 (rund 79.000) und 2022 (rund 176.000) in Baden-Württemberg angekommen. Vergleichen mit dem Zeitraum von 2016 bis 2021 mit durchschnittlich 17.000 Geflüchteten pro Jahr seien die Zahlen aber deutlich höher, heißt es aus dem Landesministerium. Die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes seien aktuell zu rund 70 Prozent ausgelastet. Vor knapp einem Jahr wurde beschlossen, diese Kapazitäten zu erhöhen. „Dieser Beschluss basiert auf der Notwendigkeit, das Land auch in Krisensituationen handlungsfähig zu halten“, heißt es zur Einordnung. Erstaufnahmeeinrichtungen sollen demnach in der Lage sein, unvorhergesehene und kurzfristige Zugänge zu bewältigen – und die Belegung von Hallen möglichst zu vermeiden.

Mit dem Ausbau der Kapazitäten will das Land Baden-Württemberg auch die Kommunen entlasten. „Mit der höheren Kapazität sollen Asylverfahren zuneh-

mend direkt in den Erstaufnahmeeinrichtungen abgeschlossen und gegebenenfalls Rückführungen von dort aus organisiert werden.“ Ziel sei es, möglichst nur Geflüchtete mit einer Bleibeperspektive in den Städten und Gemeinden unterzubringen. Von der Erstaufnahme aus werden die Menschen später in kleinere Unterkünfte verteilt, deren Betrieb die Kreise und Gemeinden organisieren. Die Steuerung des Zugangs nach Deutschland liegt in der Zuständigkeit des Bundes, das Land hat darauf keinen Einfluss.

Wo das Land eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete plant, ist Widerstand oftmals nicht weit. In der Stadt Böblingen hatte eine Initiative mehr als 3300 Unterschriften gegen eine LEA auf dem Krankenhausareal gesammelt. Im Kreis Ludwigsburg, wo nahe der Städte Asperg und Tamm eine LEA im Gespräch ist, hat sich eine Bürgerinitiative formiert. Diese organisierte im September sogar eine Abstimmung, in der sich rund 4000 Menschen gegen eine LEA aussprachen, wie unter anderem der SWR berichtete.